

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 54.

Samstag, den 5. März 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die Eisenbahn-Mißstände im Reichstage.

(Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Schönlanke in der Reichstags-Sitzung vom 3. März d. J.)

Abg. Dr. Schönlanke (Soz.): Wenn wir über Eisenbahnreformen discutiren, ist es sehr bedauerlich, daß der Mann hier nicht zugegen ist, der die ganze Entscheidung in diesen Fragen hat; was ist Hamlet ohne den Prinzen, was sind Schillers Räuber ohne Karl Moor, und was ist eine Eisenbahnreformdebatte ohne Herrn von Miquel? (Heiterkeit) Wenn ich auf die vorgestrige Debatte kurz zurückgreife, so ist nöthig, festzustellen, daß, wenn die Herren von Stumm und von Kardorff hier erklärt haben, nicht etwa das Publikum sei durch die Eisenbahnunfälle beunruhigt worden, sondern eine gewisse Presse habe diese Beunruhigung erst ins Publikum getragen, — daß diese beiden Herren hier in der That nicht, sondern nur scheinbar, so hat er voranschreitend an sein Leidoran, die „Post“ gedankt, die gemüthlich die Öffentlichkeit beunruhigt, sei es durch Krieg-in-Sicht-Artikel, sei es durch Artikel „Auf des Meisters Schmeide“, sei es bei den Kämpfen um die Flotte. Daß aber sogar sehr conservative Richter über jene Beunruhigung anders denken, dafür liegt ein interessanter Beleg vor. Am 9. Decembar 1897 verhandelte das Landgericht Breslau — und das gehört zu den schärfsten, das hat u. A. auch Viehnecht wegen des dolus eventualis auf vier Monate hinter Schloß und Riegel gebracht — gegen den sozialdemokratischen Redacteur der Breslauer „Volksmacht“. Dieses Blatt hatte einen Artikel gebracht über die Bekannmachung des Herrn Thielen, daß eine Commission zur Untersuchung der den Eisenbahnunfällen zu Grunde liegenden Schäden eingesetzt werde. Der Artikel enthielt ziemlich scharfe Ausfälle gegen diese Commission; er nannte sie eine Schatten-Commission, ein Schein-Comitee, eine Renommistcommission. Das Landgericht erhob nun Anklage gegen das Blatt wegen Beleidigung der Behörde, und der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung, da der Verdacht eines Fluchtversuchs vorläge. Es wurde aber nur auf eine Geldstrafe von 150 Mark erkannt und in der Begründung des Urtheils ausdrücklich hervorgehoben, daß die Kritik in Folge der zahlreichen Eisenbahnunfälle, die in letzter Zeit vorgekommen seien, als Wahrung berechtigter Interessen betrachtet werden müsse. Man sieht, daß ein deutsches Gericht nicht der Ansicht der Herren von Stumm und von Kardorff ist, daß bloß die Presse die Aufregung verursacht habe.

Daß wir hier im Reichstage alle Veranlassung haben, für eine Eisenbahnreform einzutreten, das ergibt sich schon daraus, daß die Zahl der in den deutschen Eisenbahnverwaltungen angestellten Arbeiter und Beamten nur wenig zurückbleibt hinter der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres; allein in den preussischen Eisenbahnverwaltungen sind 324,800 Beamte und Angestellte thätig, davon 14,500 im innern Dienst, 43,000 in den Werkstätten, 63,400 auf der Strecke und 204,000 als Betriebspersonal. Was uns zuerst nöthig ist, um eine Basis zu bekommen für eine Eisenbahnreform, das ist eine Statistik. Ich rede hier hauptsächlich von der wichtigsten, von der socialpolitischen Reform, die sich erstrecken muß auf den Eisenbahnarbeiter und das Coalitionsrecht der Arbeiter. (Sehr richtig! links.)

Da ist also vor Allem eine gute Statistik von Nothen, die uns ein wahres Bild der thatsächlichen Verhältnisse giebt. Und eine solche ist zur Zeit nicht vorhanden. Die amtliche Statistik, die uns vorgelegt ist, ist einfach keinen Schuß Pulver werth. Sie ist vollständig unwissenschaftlich abgefaßt und in Princip wie Ausführung gleich verfehlt. Was haben denn die letzten Verfassungen zu Tage gefördert über die Lohnverhältnisse der Arbeiter? Wenn man feststellen will, was die Eisenbahnarbeiter verdienen, so muß man zunächst feststellen, wieviel Arbeiter beschäftigt werden, ferner: welche, und ob diese Arbeiter diesen Tagelohn erhalten. Was ist aber geschehen? Eine Liste von ungefähr 37 Gruppen wird aus den heterogensten Kategorien durch einander geworfen. Es ist geradezu dröcklich, wie schematisch denn durch einfache Addition der Tagelöhne und Dividiren durch die geleisteten Tageweise der sogenannte Durchschnitt hergestellt wird; z. B. wird auf die Art der Lohndurchschnitt von Rangirarbeitern und Scheuerfrauen gezeigt, offenbar, weil, wie Freund Schippel richtig sagt, im Alphabet R — Rangirarbeiter und S — Scheuerfrauen auf einander folgen (Heiterkeit). Diese ganze Aufstellung kommt den Herren, die sie verfaßt, selbst sehr verdächtig vor. Sie haben daher so eine Art

Warnungspfahl vor sie gesetzt; nur vorsichtia beim Gebrauch! Diese herrliche Methode ist bei der Berechnung der Arbeitszeit zur Anwendung gelangt. Kurz, die ganze Statistik ist absolut werthlos. Wenn man wirklich die Absicht hat, eine genaue und beweiskräftige Statistik zu erhalten, so muß man eben eine socialpolitische Enquete veranstalten, und zwar mit contradictorischem Verfahren unter Zuzulassung des Zeugnismannes; dann muß aber auch Vorsorge getroffen werden, daß die Aussagen ohne Beeinflussung von Seiten der Vorgesetzten gemacht werden; es haben selbst Blätter, wie die „Allg. Volkszeitung“, denen man „umständliche“ Absichten wirklich nicht unterzögen kann, erklärt, daß man eine wahre Auskunft über die Lage der Angestellten nicht gut in Gegenwart der Vorgesetzten erhalten kann. (Sehr richtig! links.)

Der Preussische Eisenbahnverwaltung ist die Sparpolitik; es werden Einsparnisse gemacht an der Arbeitskraft, an der Arbeitszeit und an den Arbeitslöhnen der Unterbeamten. Der preussische Eisenbahnminister — und um Preußen, das über das größte Eisenbahnnetz verfügt, handelt es sich je vor Allem — rühmt sich ja im Landtage seiner Sparpolitik; er hat vor gar nicht langer Zeit ausdrücklich erklärt: Der Ueberschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben stellt sich für 1895/96 auf über 467 Millionen Mark, gegen den Etat mehr 58 Millionen, gegen das Vorjahr mehr 59 Millionen. Die Ausgaben sind in den letzten fünf Jahren fortgesetzt gefallen. (Hört! hört! links.) Daß ich darauf zurückzuführen, daß die Verwaltung fortgesetzt wirtschaftlicher und sparsamer wird. (Hört! hört! links.) Diese Sparpolitik ist aber durchaus am unrechten Ort. Ich mache auf ein Hundschreiben des preussischen Eisenbahnministers aufmerksam, worin gesagt wird, daß die Vorschriften zur Verhütung der Unfälle nicht genügend befolgt werden, daß sie daher von Neuem den Beamten einzuführen werden sollen, daß aber dafür gesorgt werden müsse, daß der Beamte in der Lage sei, diese Vorschriften zu verstehen und richtig anzuwenden. (Hört! hört! links.) Es handelt sich eben darum, daß die Eisenbahnverwaltungen, um an den Arbeitslöhnen zu sparen, nicht genügend qualifizirtes oder auch übermüdetes Personal zu einer Thätigkeit verwendet, die die größte Körperliche und geistige Frische erfordert. In den Directionsbezirken Köln und Essen werden Stationsassistenten aus der Güterbesörderung Sonntag zu der selbstständigen Leitung des Stations- und Telegraphendienstes verwendet, und das Sonntags, wo so viele Sonderzüge eingestellt werden, wo so viele Störungen vorkommen können!

Wie war es beim Eisenbahnunglück in Bingerbrück? Da wurde ein Locomotivführer verwendet, der bisher nur heftliche Bahnen befahren hatte, und ihm hatte man keinen gelehrten Heizer beigegeben, sondern einen Maschinenputzer. (Hört! hört!) Die „Allg. Volkszeitung“ stellte fest, daß in Bingerbrück 15 Maschinenputzer als Heizer verwendet werden, weil sie billiger sind!

In Baden wurde letzthin ein Güterzug durchgerissen, der nicht mit gelehrten Bremsern, sondern mit Rottenarbeitern besetzt war; (Hört! hört!) die kennen weder die Strecken noch die Signale und sind zudem von ihrer Tagesarbeit ganz übermüdet. Ebenso werden Heizer sehr oft als Locomotivführer benützt, Hilfsheizer werden zum Führerexamen zugelassen, nur weil man am Gehalte sparen will. (Hört! hört!)

Ein charakteristisches Bild aller dieser Zustände giebt der bekannte Prozeß wegen Tödtung des Lehrers Grütters vor dem Graudenger Schwurgericht. Da befandete der Locomotivführer Hermann Müller auf Befragen des Präsidenten, daß er Locomotivführer, Zugführer und Schaffner in einer Person gewesen sei; außer ihm und dem Heizer sei überhaupt kein Mann zur Bedienung des ganzen Zuges vorhanden gewesen; auch eine Nothleine habe nicht existirt, obgleich man darauf gefaßt sein konnte, daß in der 4. Klasse Schlägerei entzünden könne. Ich glaube, ein Commentar ist hier überflüssig.

Aber noch etwas Anderes: Im vorigen Jahre mußte eine Frau in Kreuzburg in Oberschlesien wegen Gefährdung eines Eisenbahnzuges sich verantworten. Sie hatte den Bahnwärterdienst auf der Strecke Kreuzburg-Posen — das ist die Strecke, die von den Herren v. Bleichröder und v. Kardorff gegründet worden — (Heiterkeit) — und soll durch zu spätes Schließen der Schranke veranlaßt haben, daß ein Wagen überfahren und zertrümmert wurde, wodurch einige Schweineerzeugnisse vernichtet worden waren. Die Angeklagte hatte den Streckendienst auf der Chausseefreuzung wie auf der Bahnlinie zu besorgen, wo täglich 88 Züge fahren; sie hatte jedesmal einen Weg von fünfshundert Metern zu diesem Zweck zurückzulegen. Dazu kam noch der Haushalt und das Warten der Kinder;

so sei diese Verspätung entstanden, zudem habe noch der Zug zu früh die Linie passiert. Der Gerichtshof sprach die Frau frei und stellte außerdem fest, daß an derselben Stelle bereits viermal ein Eisenbahnunglück vorgekommen ist (Hört! hört!) und daß die Frau den idealen Lohn von 60 Pf. täglich bezogen hat. (Hört! hört! links.) Jetzt ist ein Bahnwärter an ihre Stelle gekommen, der den herkömmlichen Lohn von 1.80 Mk. täglich bezieht. Die Sparpolitik der Eisenbahnverwaltung zeigt sich in nachsichtloser Form schon seit Jahren. Im Jahre 1893 wurde eine Anzahl alter gedienter Bremser entlassen, an ihre Stelle wurden aber nicht neue gestellt, sondern die bereits vorhandenen mußten den Dienst für sie mitbesorgen. Aber Herr Thielen ist ja gerabzu ein Sparengel. (Heiterkeit.) Im vorigen Jahre wurden plötzlich 150 Eisenbahnarbeiter und Unterbeamte von Breslau nach dem kleinen Orte Brodau versetzt; dort sind nun die Mietkosten theuer, die Wohnungen ungesund und noch, zum Theil noch nicht fertig, noch ohne Ofen, Fenster, Thüren; aber Herr Thielen zahlt ihnen den Wohnungszuschuß nicht mehr, den sie in Breslau bezogen hatten. Außerdem sind dort die Lebensmittel theurer. Natürlich trägt all das nicht zur Erhöhung der Zufriedenheit bei. (Sehr richtig.)

Einer der schwersten Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft ist die plannmäßige Ueberarbeit. Selbst die fehlerhafte amtliche Statistik bringt erschreckende Ziffern über die Länge der Arbeitszeit der Beamten und Arbeiter. Vor einigen Tagen ist in einer Verhandlung festgestellt worden, daß der Bremser eines Güterzuges 24 Stunden ununterbrochen im Zuge gewesen ist, daß dieser Zug, der aus 70 Wägen bestand, nur von 3 Bremsern bedient war, die sich dazu sämmtlich bereits 24 Stunden ununterbrochen im Dienst befanden. (Hört! hört!)

Auch die Eisenbahndirectionen fangen ja jetzt, nachdem die Kritik eingeleitet hat, an, eine Uebermüdung der Angestellten zu glauben. Es liegt ein Erlaß der Eisenbahndirection Halle vor, der vor der Ueberschreitung der vorgeschriebenen Dienstdauer warnet. Es wird zugegeben, daß bei der bisherigen Praxis leicht eine Ermüdung des Personals eintreten könne. In Coburg wurde im vorigen Jahre ein Hilfsbahnwärter freigestellt, der sich angeblich eine Vernachlässigung seiner Pflichten zu Schulden kommen lassen hatte. Die Verhandlung ergab, daß der Angeklagte in Folge eines vorhergegangenen 14tägigen Krankheitsfalles und der am Tage des Unglücks herrschenden Hitze sich in einem Zustande der Benommenheit befunden hatte und deshalb nicht verantwortlich für das Unglück war. In dieser Weise werden die Beamten ausgenützt! (Hört! hört! links.) Hierbei komme ich auf den Kernpunkt der ganzen Eisenbahnreform. Wenn Sie wollen, daß die Zustände sich bessern, so ist das Wichtigste ein ausreichender Arbeiterschutz vor allem in hygienischer Hinsicht. Ein bekannter Hygieniker hat sehr richtig gesagt: Sorgenlos müssen diejenigen sein, von deren Gesundheit die Sicherheit des Betriebes abhängt. Die Zergie sind sich darüber einig, daß die im Eisenbahndienst Angestellten in sanitärer Hinsicht den gefährlichsten Dienst haben. Es steht fest, daß die Häufigkeit der Erkrankungen im Eisenbahndienst die höchste ist und zwar in bestimmten Stufen je nach der Art des Berufszweiges innerhalb des Eisenbahndienstes. Es existirt darüber eine Statistik, deren Ergebnisse Sie nicht anzweifeln werden, denn sie ist aufgenommen von dem Verein der deutschen Eisenbahnverwaltungen in den Jahren 1883 bis 1887. In diesem Jahre stellte der Verein dann plötzlich seine Untersuchungen ein, angeblich, weil genug Erfahrungen gesammelt waren, in Wirklichkeit aber wohl, weil die Ergebnisse dieser Statistik gar zu ungünstig ausfielen. Nach dieser Statistik kamen im Jahre 1887 auf die Eisenbahndienstlichen im Zugbesörderungspersonal 82 Procent, im Zugbegleitungs-personal 64 Procent, im Streckenpersonal 38 Procent und im Stationspersonal 32 Procent Erkrankungen. Und nun, meine Herren, welche Erkrankungen sind es denn, die man als spezifische Eisenbahnkrankheiten hinstellen kann? Nach derselben Statistik sind es erstens die Krankheiten der Athmungsorgane, Behauptungen, die eine außerordentlich große Rolle dort spielen. Die nöthigen Krankeheiten sind am häufigsten beim Zugbesörderungspersonal und Begleitungs-personal, also den Locomotivführern und Heizern und sind hauptsächlich die Ursache der Dienstinaktivität. Die Zugführer werden durchschnittlich in der Zeit von 41. bis 45. Lebensjahre dienftunfähig nach einer Dienstzeit von ca. 15 Jahren, das Zugbegleitungs-personal mit 50 bis 55 Jahren nach 21jähriger Dienstzeit, das Stationspersonal im Alter von 60 bis 65 Jahren nach ein Dienstzeit von 27 Jahren und das Streckenpersonal mit 65 bis 70 Jahren nach 27jähriger Dienstzeit. Nach dem Urtheil der Hygieniker sind die im Eisenbahndienst selber liegenden Schädigungen die

Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von H. C. Brachvogel.

„So geh' denn, alter Murrkopf“, rief Karl schneidend, „geh'! — Willst Du nicht auch noch von mir lassen, Franziska, daß ich freudlos sei, denn ehemals?“

„O nein, mein Herzog“, sagte Franziska mit kalter Majestät, „ich verlasse Sie nicht! Sie könnten sonst meinen, nicht Ihres Namens Ehre, sondern außergewöhnlicher Antheil am Geschick jenes Mannes bestimme meine Handlungsweise. Schubart ist allerdings ein Durchlaucht so unendlich gefährlich, daß sie ihn lebendig begraben müssen!“

„Franziska!“ rief Karl Eugen außer sich. „Nun, dieses Bekenntniß muß Ihnen doch der beste Hirge meiner Treue sein und wie ich allein im Stande bin, Ihre innersten Beweggründe zu begreifen. Lassen Sie uns aufbrechen!“

Schließ Karl von Württemberg nun ruhig? — Der kühne Schubart sollte ihm mehr Dual und schlimme Stunden bereiten, als je der redende gethan. Seine heimtückische Gefangennehmung brachte durch ganz Deutschland einen Wuthschrei, eine Aufregung, eine Theilnahme bei Hoch und Niedrig ohne Gleichen hervor, und ließ den Herzog im blutigen Lichte eines Caligula erscheinen. Als Eiferstüchtiger hatte er sich gerächt und mußte dafür als Fürst vor aller Welt büßen. Wohl hätte er Schubart ordentlich dem Prozeß machen lassen, mit dem schärfsten Urtheile württembergischer Richter sich bedecken können, aber er hatte Furcht, die Untersuchung würde ihm den Beweis von Franziska's Schuld geben, — er erregte sich und doch stets zu finden Angst hatte. Dies Alles machte seinen Haß gegen Schubart nur tiefer, edelstüchtiger.

Zum Sprachrohr seiner Erbitterung, Vollstrecker seines

geheimen Hasses war Philipp Rieger ganz der Mann, bei dem ohnehin alle Menschen den Canaillenstandpunkt einnahmen. Mit diesem Grundsatze verband er nun seine alte militärische Rohheit, die Freude am Coujoniren, die eitle Wollust des Herrschens und das alte Gefallen an künstlichen Operationen. Wie er früher bergleichen auf Finanzen und Militär angewendet, so waren es jetzt seine Strafgefängnisse, mit denen er psychologische Experimente „zur größeren Ehre Gottes“ anstellte. Daß ihm dies bei der Erfahrung, welche er selber auf dem Hohen-Zwiel gemacht, auf entsetzender Weise gelang, er besonders begierig war, dabei Wunderkuren an einem so ausgezeichneten, damals noch so seltenen Exemplare, wie ein politischer Viterat, ein Schubart war, zu versuchen, bedarf wohl keiner Erwähnung. Er wurde hierin noch durch den Fanatismus des Special-Zillig und der pietistischen Priester seiner Verwandtschaft bekräftigt, welche über Schubart's Fang jubelnd Riegern eine geistliche Drosselmethode für Christlan auf die Seele banden, die ganz geeignet war, an ihm einen langjamen, qualvollen Geistesmord zu vollstrecken.

Der grelle, plötzliche Uebergang aus höchster, glückseliger Freiheit zu heimtückischer Haft im Finstern, auf Stroh, in nagender Einsamkeit, wo kaum von fern eine Menschenstimme an sein Ohr schlug, er nur seinen Wärter oder den Commandanten auf Augenblicke sah, machte seine Lage nur noch grausamer durch die Gewißheit, daß man das Geheimniß beleidigter Frau würde mit ihm lebendig begraben werde. Dieser Gedanke brach ihm das Herz. Seine erregbare Phantasie bewölkte das Dunkel seiner Einsamkeit mit grauenvollen Bildern. Ein schmales, hochgelegenes Fenster ließ nur den Tagesstrahl in mattem Dämmern eindringen; das Berdöckern desselben allein und der Eintritt seines Schergen künbete ihm, daß wieder ein Tag verschwunden sei, den er mit der Schußkugel an die Wand als erlebte vergeichnen konnte; ein trauriger Kalender.

Die Besuche Rieger's wurden häufiger, die religiöse Tortur begann. Erst wehrte sich der Arme mannhast, doch dies machte Riegern nur hitziger. Jeder vernünftige Zweifel wurde mit rohester Behandlung, ja Entziehung der elenden Kost bestraft, jede Demüthigung, jedes gläubige Zustimmung aber hatte bessere Kost, wärmeres Lager, weniger Raufeinungen seines Leibes zur Folge. Unter solchen Umständen hatte denn Herr Rieger leichtes Dociren. Aus den amtlichen Berichten Rieger's an den Herzog, den Confessorialacten Ehren-Zillig's, den geistlichen Besuchen des Gernisonpredigers Bayer, des Pietisten Fahn, wie aus dessen geistlichem Stundensalon lassen sich alle Grade der Marter des Armen vom verzweiflungsvollen Ringkampf bis zum gänzlichen Zusammenbruche nachempfinden, Martern, wie sie grauenvoller kaum unter der Inquisition zu denken sind. Aus ihnen soll'e der erste Freigeist Deutschlands als pietistischer Finkerkling hervorgehen, der die Krone segnet und den Rauschu leckt, der ihm eben blutige Male der Schande auf den Rücken gezeichnet.

Und die arme Helene mit ihren beiden Kindern? — Wie wenig Ahnung die Unglückliche von der geheimen Schuld ihres Vaters hatte, bewies, als sie das Ungeheure durch Schleich erfahren, der Jammerbrief an ihren Schwager Jakob in Aalen: „ein teufler in menschlicher Gestalt hat mir mein Mann gestolen — Was mein Mann gethan, weiß ich und kein Mensch hier, kann mir auch nichts einfallen lassen und wann ich mich zu tod denke — hätte mit Gott mein Mann genommen, so wolle ich's als eine Christin ertragen, aber das ist unerträglich!“

Eine Bittschrift an Ried, an den Ulmer Magistrat war nutzlos, die Meisten hatte der Schreck gelähmt. — Nur Weisbed und Kammannt Schleich unterstützten die Arme, der edle Miller gab her, was er hatte, und redigte die Schwaib fortan umsonst, damit die Schubartia das Honorar behalte. Allen voran aber tröstete wiederum jener großherzige Katho-

ber polytechnischen Schule wird aus seinem Amt gejagt, weil er seine Eidespflicht erfüllt hat, d. h. weil er „ohne Furcht und Haß“ wie es in der französischen Eidesformel heißt, das vor Gericht bekundet hat, was er nach seiner gewissenhaften Ueberzeugung für die Wahrheit anfaß. Der Oberlieutenant Picquart wird aus der Armee gestofen, weil er angeblich durch sein Eintreten für Dreyfus und für Jola die Befehle der militärischen Disciplin verletzt hat. Aber wohl gemerkt: erst nach dem Jola-Prozess wurde er gemafregelt, und es ist gar kein Zweifel daran, daß man weit milder mit ihm verfahren wäre, wenn er im Prozeß seine Ueberzeugung zum Opfer gebracht hätte. Wie weit die Nachsicht der Herren vom Generalstab geht, beweist der Umstand, daß man dem Obersten Henry unterlagert hat, sich mit Picquart zu duelliren, weil er nicht mehr „satisfactionsfähig“ sei. Es ist kein Unglück für Picquart, daß er folchergestalt der Nothwendigkeit überhoben wird, den Duellbloßhieb mitmachen zu müssen, dagegen ist es charakteristisch für den Generalstab, daß er einem Offizier die Ehre abspriecht, weil er ohne Furcht und Haß das gethan hat, was er als ein Gebot seiner Pflicht erkannt hatte. Charakteristisch für die in Frankreich herrschende allgemeine Verirrung ist, daß die Mehrheit des Volkes diesen Generalstab zu bejubeln im Stande ist! Zu der „Abrechnung“ gebührt auch folgender Beschlußantrag, den der Senator Le Provost de Launay im Senat einbringen will: Der Senat ladet die Regierung ein, eine vollständige Untersuchung einzuleiten: 1. über die Herkunft und den Betrag der Gelder, mittels deren man eine „künstliche Aufregung“ wegen der Dreyfus-Sache geschaffen hat, zweitens über die Personen, die diese Gelder gesammelt, geliefert, empfangen oder vertheilt haben, drittens über die Verwendung der Gelder, viertens über alle Versuche, welche Form sie auch haben, die man fernerhin machen würde, um die Umtriebe fortzusetzen.“

Deutscher Reichstag.

Nachdem einige Petitionen ohne wesentliche Debatte erledigt waren, kamen die Anträge der Elsäßer und Socialdemokraten auf Aufhebung des Dictaturparagraphen in Elsaß-Lothringen zur Verhandlung. Die Anträge sind alte Bekannte, die in jeder Session wiederkehren und über die sich im Laufe der Legislaturperiode im Reichstage schon eine feststehende Meinung herausgebildet hat. Der Abgeordnete Winterer, der im Namen der Elsäßer den Antrag begründete, machte denn die Sache auch kürzer und brauchte auch keine besonders heftigen Worte. Für den Antrag trat dann auch der reichsparteiliche Abgeordnete Dr. Höffel ein, der einzige rechtsstehende Abgeordnete der Reichslande, der die Stimmung seines Wahlkreises gewiß so gut kennt, daß er weiß, daß sein Mandat wesentlich von der Haltung in dieser Frage abhängig ist. Die übrigen Parteien würdigen sich sicher auf kurze Bemerkungen beschränkt haben, wenn nicht der nationalliberale Professor von Cuny eine echt nationalliberale Rede gehalten und sich der Regierung sans phrase unterworfen hätte. Die Haltung, die übrigens bei den Abgeordneten v. Stamm und v. Leopoldow Unterstützung fand, gab den Abgeordneten Lenzmann und besonders unserem Genossen Bebel Veranlassung, kräftigere Töne anzuschlagen. Bebel schilderte die Polizeiregierung, unter der Elsaß-Lothringen leidet, und charakterisirte die Person des reichsständischen Unterstaatssecretärs von Puttkamer in nicht gerade sehr schmeichelhafter Weise. Der Elsaß-Lothringische Bevollmächtigte versuchte eine Widerlegung der Bebel'schen Angriffe, es blieb aber beim Versuch und unserem Genossen war es leicht, die Staatsweisheit dieses Beamten ad absurdum zu führen. Die zweite Lesung des Antrags und damit die Abstimmung konnte nicht vorgenommen werden, weil Abgeordneter von Stamm die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelte. Es besteht aber kein Zweifel, daß der Antrag wieder mit großer Majorität angenommen werden wird. Die nächste Sitzung findet erst Montag statt.

5. Sitzung, Freitag, den 4. März 1898. — 2 Uhr Zur Beratung stehen zunächst Berichte der Petitionskommission. Die Petition betr. die Aufhebung der Pensionen bereits im Ruhestand befindlicher Beamten wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Eine Petition betr. des Kellerinnenwesens wird dem Reichslandtag zur Berücksichtigung überwiesen. Ebenso die Petition um Errichtung neuer Berufsconsulate in Süd-Brafilien während die Petition betr. Mißhandlung eines Deutschen dafelbst durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wird. Ferner liegt ein Bericht der Commission vor über Petitionen, die Aenderungen in den Bestimmungen über die Sonntagruhe verlangen.

Abg. **Lenzmann** (fr. Sp.) bemängelt den Erlaß, die Schauspieler am Sonntag zu verbieten und das Verbot des Jagens Strens des Oberpräsidenten von Weisfalen. Die Petitionen werden dann durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Hierauf folgt die erste Beratung des von der Abg. Chariou und Sen. (S.) eingebrachten Gesetzesentwurf betr. Aufhebung des Dictaturparagraphen in Elsaß-Lothringen; dasselbe verlangt ein Antrag Auer u. Gen. (Soc.).

Abg. **Winterer** (S.) begründet den Antrag der Elsäßer. Eine 25jährige Ruhe ohne Empörung bietet die Garantie, daß ein solches Ausnahmegesetz, das die Bevölkerung auf das Schwerste bedrückt und deprimirt, ganz unnötig ist.

Abg. **Höffel** (Sp.) hält die Ausnahmegeetze gleichfalls nicht mehr für notwendig. Für außergewöhnliche Fälle hat die Regierung genug Machtbefugnisse. Der Dictaturparagraph der in den Händen der Opposition nur ein Agitationsmittel ist, muß aufgehoben werden. So lange er besteht, giebt man zu, daß es noch eine Elsaß-Lothringische Frage giebt. (Beifall)

Abg. **v. Cury** (natl.): Ich glaube, daß der Dictaturparagraph demaleinlich aufgehoben wird, heute bin ich aber noch nicht in der Lage, dafür zu stimmen, weil der Regierung eine Rufe die ich noch wünscht, nicht versagt werden darf. Uebrigens wird der Paragraph nur in sehr wenig Fällen angewendet.

Abg. **Lenzmann** (fr. Volksp.): Die nationalliberale Partei muß also die Ungerechtigkeit weiter bestehen lassen, obwohl die Regierung noch gar keine Erklärung abgegeben hat. Sie ist keine liberale, sondern Regierungspartei sans phrase. Wir aber werden für die Aufhebung des Paragraphen stimmen und ich beantrage, heute nach die zweite Lesung vorzunehmen. (Beifall links)

Abg. **v. Stamm** (Sp.). Herr Höffel hat nur im eigenen Namen gesprochen, meine Partei steht ganz auf dem Standpunkt des Abg. v. Cury.

Abg. **Dr. v. Compesch** (S.) erklärt Namens seiner Partei, daß sie wie stets, auch heute für die Aufhebung der Dictatur stimmen wolle.

Abg. **Bebel** (Soc.): Ich hatte gehofft, daß diesmal die Reichsparteilichen sich wenigstens eines Besseren besinnen würden. Herr v. Cury aber hat nur gesagt, was die Nationalliberalen

schon vor 27 Jahren gesagt haben. Sie blafen noch immer dasselbe Horn. In Elsaß-Lothringen hat volle Ruhe geherrscht. Die Bevölkerung hat sich zu zwei Dritteln ganz in die deutschen Verhältnisse eingelebt. Wie ist es möglich in einem solchen Lande noch mit Ausnahmegeetzen zu regieren? Besteht gegen die dortigen Einrichtungen noch eine gewisse Abneigung, so trifft die Schuld dafür ausschließlich die dortige Regierung. Eine Regierung, die es in 27 Jahren nicht fertig gebracht hat, sich die Zuneigung der Bevölkerung zu verdienen, ist einfach unthätig, ihre Aufgabe zu erfüllen. (Sehr richtig, links.) Man kann diese Beobachtung selbst aus der Ferne machen, braucht gar nicht im Lande selbst zu leben. An der Spitze der Regierung steht ein Mann, dessen ganze Willen und ganzes Aussehen nicht nur in Elsaß-Lothringen, sondern auch im ganzen übrigen Deutschland gründlich verhaßt sind. Ich meine den preußischen Junker (Sehr richtig, links.), den Herrn v. Puttkamer. Man muß nur sehen, wie dieser Mann den Elsaß-Lothringischen Abgeordneten gegenübertritt. Ich empöre mich jedesmal, wenn ich die amtlichen Berichte lese — als Abgeordneter für Straßburg bin ich dazu gerollt — und sehe, wie der Herr mit den Volkvertretern umspringt. Hätte man es verstanden, süddeutsche Beamte dorthin zu schicken, die sich auf die Sprache der dortigen Bevölkerung verstehen, wir wären weiter. Man verweist auf die heftige Sprache in einem Theile der Presse. Ich behaupte, die Artikel würden gar nicht geschrieben werden, wenn der Dictaturparagraph nicht bestände. Sie entspringen nur der Mißgunst über die Ausnahmegeetze. Wenn selbst ein so ruhiger reiner Mann wie der Abg. Höffel für die Aufhebung ist, sollte man doch die Bedenken fallen lassen. Abg. Lenzmann hat schon ganz richtig darauf hingewiesen, daß die sprachlichen Verhältnisse nicht ändern können. Die Elsaß-Lothringische Bevölkerung hat mit diesen Verhältnissen aber nichts zu thun. Obwohl sie im höchsten Grade friedfertig ist, wird sie von den Behörden in der unglücklichsten Weise behandelt. Die Polizei geht mit den kleinsten Nachfragen vor. So beanstandete sie es, daß eine Dame, die ein Buchgeschäft hatte, auf ihr Firmenschild das französische Wort „Modest“ schrieb. Wenn Parteien solche Quoten unterhebt sich in einem Wahlkreis mit einigen Häuten über Politik. Am folgenden Tage drohte die Polizei den Wirth mit Concessionsentziehung, wenn er ferner noch solche Gespräche in seinem Locale dulde. Doch je skandalöser die Maßregeln sind, desto mehr steigt die Erbitterung in der Bevölkerung und die ganze Art der Politik, die jetzt dort betrieben wird, ist im höchsten Grade schädlich für eine günstige Gestaltung der dortigen Verhältnisse. Wenn die Regierung dies einseht, dann muß sie aber den Dictaturparagraphen aufheben. Es bleibt ihr ja noch die gewaltige Militärmacht, die ganze Polizeimacht und der Richterstand, der auf ihrer Seite steht. Bestehen bleiben die unreactionären, elenden Preßgesetzbestimmungen, nach denen keine Zeile ohne die Zustimmung der Regierung gedruckt werden darf und nach denen jeder, der eine Zeitung herausgibt, der Regierung den Treueid leisten muß. Besonders muß es doch die Elsaß-Lothringer empfinden, daß sie noch heute mit Gesetzen schimmelter Art regiert werden, die allerdings französischer Abstammung sind, in Frankreich selbst jedoch längst über Bord geworfen sind. Auch die kleinsten Maßregeln bei Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts gegenüber meiner Partei bleiben bei Aufhebung des Dictaturparagraphen bestehen. Also beneidete Sie das Gesetz, das eine Schmach für das gesammte deutsche Reich ist. (Bravo! links)

Abg. **v. Leopoldow** (conf.): Nur die Regierung kann und darf den Zeitpunkt bestimmen, wann der Dictaturparagraph aufgehoben ist. (Lachen links.) Das Verhalten der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung hat die Aufhebung bisher leider verhindert. Vor einem so schlecht besetzten Hause darf nicht die zweite Lesung erfolgen, damit die heutige Abstimmung nicht ein Resultat ergibt, das der Gesamtstimmung des Reichstags nicht entspricht.

Geheimrath **Hauer** befreit, daß die Ausführungen des Abg. Bebel berechtigt seien und legt dar, was die Regierung in 27 Jahren reicher Arbeit in den Reichslanden Alles geleistet habe. Von einer Dictatur ist gar keine Rede, denn was ist der Dictator? Wenn der Abg. Bebel sich mehr mit den Verhältnissen des Landes beschäftigt hätte (Zuruf des Abg. Singer: Sie lassen ihn ja nicht hinein! Große Heiterkeit.), so würde er sich davon überzeugen, daß die Beamten ihre Pflichten zu allgemeiner Zufriedenheit erfüllen.

Abg. **Dr. Pacht** (fr. Ver.) empfiehlt schonende und milde Behandlung der Elsaß-Lothringer und die Beseitigung des Dictaturparagraphen.

Abg. **Werner** (Anti.): Die Beseitigung der Dictatur würde Zufriedenheit schaffen, also der Socialdemokratie nicht zum Nutzen gereichen. Wir werden für den Antrag stimmen.

Abg. **Bebel** (Socialdem.): Ich habe hervorgehoben, daß selbst nach der Beseitigung des Dictaturparagraphen auf Grund der sonstigen Gesetzgebung die Regierung noch genug Machtmittel haben würde. Der Regierungsvorsetzter wirft mir gewissermaßen Undankbarkeit vor, weil ich nicht sehen wollte, was in den 27 Jahren Alles gethan sei! Aber wir sind doch nicht hier, um Loblieder zu singen wenn die Regierung etwas ordnungsgemäß ausführ: dazu ist sie doch da! (Sehr richtig links.) Gewisse Paupere sollen kelleitigt werden; a) so konnte auch lediglich von diesen die Rede sein. Der Dictaturparagraph gehört aber unweifelhaft dazu. Die gesammten Parteien des Landes wünschen seine Aufhebung, dagegen war der Herr Regierungsvorsetzter nicht im Stande, aus nur ein Wort anzuführen. Dagegen hat er den Staatssecretär v. Puttkamer gegen meine Angriffe in Schutz genommen. Er hat aber von dem Inhalt nichts widerlegt. Er jagte nur ganz allgemein, Herr von Puttkamer solle sich einer großen Beliebtheit erfreut haben. Ich weiß nicht, bei wem. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie das Auftreten des Herrn v. Puttkamer im Landesausschuß verfolgt hätten, wie ich es gethan habe, dann würden Sie es auch begreifen, daß seine Art jeden mit Empörung erfüllen mußte. Doch warum in die Ferne schweifen, sich das Gute liegt so nah. Hier auf dieser Tribüne hat vor zwei Jahren Herr v. Puttkamer den allgemeinen Unwillen der Vertreter fast aller Parteien erregt. Der Herr Regierungsvorsetzter hat ferner gesagt, er sei bis jetzt das Abhalten von Versammlungen in den Reichslanden nicht verboten worden. Der Feind nach ist das auch vollständig richtig. Die Polizei hat nur bei Zeiten dafür gesorgt, daß ich gar nicht in die Lage kam, eine solche Versammlung abzuhalten, indem sie mir sämmtliche Säle abtrieb. Ja sie hat sogar die badische Regierung veranlaßt, daß sie es mir unmöglich machte, auf einer Weise nahe der Grenze, wo ich noch im Jahre vorher ruhig gesprochen hatte eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Als ich es nämlich versuchte, kam ein großes Aufgebot von Gendarmen und verlangte, daß ich sofort das Grundstück, auf dem ich sprach, verlassen sollte. Das habe ich, wie ich sehr wohl weiß, nur dem Einfluß der Elsaß-Lothringischen Regierung zu verdanken. Was ich also nicht in die Lage kam, mir die Elsaß-Lothringischen Verhältnisse von der Höhe anzusehen, so hat die Verwaltung allem daran Staud. Daher ich in Straßburg abtrieb, begleitete mich ein Polizeistaff auf Schritt und Tritt; bei weitem Abreise war sogar der Oberhöchste selbst anwesend. (Heiterkeit.) Das ist nun nicht man Geschmed. (Heiterkeit.) Wenn Herr Hauer beständig die Polizei auf seiner Seite hat, so mag er ja wohl Annehmlichkeiten davon haben; ich nicht. (Heiterkeit.) Das es mit der Liebe d. Bewohner zu der Regierung doch nicht wachsend bestellt sein mag, zeigen wohl am besten die Wahlresultate. Da hat ein Kreisdirector gelbe Stimmgellet drucken und vertheilen lassen und den Drucker noch odendreten zu anlaßt, vor Gericht anders einzufügen! (Hörli, hörli) Kurz, ich resumire mich dahin, daß von Allem, was ich vorgebracht, der Herr Regierungsvorsetzter absolut Nichts hat widerlegen können. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Regierungsrath Hauer**: Herr Bebel hat heute wenigstens zugegeben, daß er die eifrigsten Verhältnisse nicht besonders gut kennt. Das ist doch wenigstens etwas. So lange Herr Bebel den Beweis für seine Behauptung nicht erbringt, daß die Polizei daran Schuld ist, wenn er keinen Saal in Straßburg bekommen hat, so lange muß ich diesen Angriff auf die Polizei Straßburgs zurückweisen. Die Discussion wird hierauf geschlossen.

Nachdem Abg. **Cury** (S.) das Schlusswort gehalten, wird der vom Abg. Lenzmann gestellte Antrag, sofort in die zweite Lesung einzutreten, zur Abstimmung gestellt.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. **Freiherr v. Stamm** (Sp.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Präsident **v. Vosz**: Ich kann diesem Zweifel nicht entgegen treten, auch ich bin der Meinung, daß das Haus beschlußfähig ist. Um dem aber auf den Grund zu gehen, schlage ich vor, einen Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 133 Mitgliedern. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Die Sitzung wird abgebrochen. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Postgesch. Dritte Beratung des Gesetzesentwurf betr. die freiwillige Gerichtsbarkeit. Zweite Beratung des Gesetzes betr. die Entschädigung unthätiger Verurtheilter.) Schluß 5/4 Uhr.

Preussischer Landtag.

Berlin, 4. März. Das Abgeordnetenhause nahm heute nach unerwarteter Debatte den Antrag Fellsch betreffend Einführung des Beschäftigungsnachweises für das Baugewerbe gegen die Stimmen der Freisinnigen an und beschäftigte sich sodann mit der Beratung von Petitionen. Bei einer Petition um Erwerbung eines Flächenmaß-Verfahrens spielte sich das Getreide im Reichstage von dem Abg. König angeführte Schauspiel der ruhigen Rückkehr der Agrarier in die Arme der blähen von ihnen belästigten Großindustriellen ab. Abg. Müller (natl.) wußte dazu aufzufahren, den Reigen zu eröffnen. Auf ein vorher vereinbartes Zeichen erschien Graf König (conf.) auf der Bühne, um die Mittheilung zu machen, daß er gar kein Gegner der Handelsverträge sei; er halte zwar Verträge mit kurzer Rühnigungsfrist für besser, er glaube auch nicht, daß die Landwirtschaft ein Interesse an Handelsverträgen habe, er sei aber gern bereit, im Interesse der Industrie für langdauernde Verträge einzutreten. Dem secundäre Abg. von Kardorff (S.) der als Extrablatte noch seine Silberrede halten wollte, aber von dem Präsidenten, der nur die Genehmigung zu der Handelsvertrags-Komodie erhielt hatte, hiezu gehindert wurde. Vielleicht trägt er diese beliebte Nummer seines Repertoires später nach. Die Abgeordneten Müller (natl.) und Bred (natl.) stellten den Redner Herrn König ab, dadurch, daß sie in der Frage der Bindung der Getreidepreise den agrarischen Wünschen nachzugeben vertrieben, während Redner unter lebhaftem Beifall der Herren von der Rechten über den der Landwirtschaft schädlichen Handelsvertrag mit Oesterreich sprach. Die Abg. Müntz und Brömel charakterisirten dies seltsame Schauspiel mit der Bemerkung, daß dasselbe ebenso gut hinter verschlossenen Thüren hätte aufgeführt werden können. Den Hauptchoreuten des Bundes der Landwirthe, Dr. Hahn und von Pöhl, war der Zutritt zu der heutigen Vorstellung verweigert, weil Hahn bestand, daß sie den Frieden fördern könnten. Eine praktische Bedeutung hat diese ganze Komödie nicht, da man sicher sein kann, daß im Grundsatz die Vertreter der verschiedenen productiven Stände doch nur ihre eigenen Interessen wahrnehmen werden. Allezeit werden sie gemeinlich das Brot und andere wichtige Lebensmittel zu verschmern suchen, aber sobald ihnen dies gelungen ist, werden sie sich nach wie vor wieder bekämpfen. Für uns ist die heutige Debatte insofern wichtig, als sie reichliches Material für den bevorstehenden Wahlkampf liefert. Morgen beginnt die Beratung des Cultus-Gesetz.

Partei-Angelegenheiten.

Ueber die Wiederentscheidung des Solinger Parteikreises, von welcher wir schon kurz berichteten, wird noch mitgeteilt: Die Parteiverammlung, die am letzten Sonntag Schumacher wieder als Candidaten proklamirte, war von ca. 150 Personen, meistens Anhängern Schumachers, besucht. Es wurde behauptet, in Weg, wo der Genosse Scheibemann als Reichstagscandidat für Solingen proklamirt wurde, seien die Parteigenossen genäht worden. Dieselben hätten gar nicht gewußt, worum es sich bei der Abstimmung gehandelt habe. Der Hamburger Beschluß verlange den Uebergang der „Arbeiterstimme“ in das Eigentum der Partei, nun aber heiße es, die Genossenschafts-Buchdruckerei solle bestehen bleiben. (In der zu Weg auf der großen Parteiverammlung fast einstimmig angenommenen Gesellschaflichen Resolution heißt es bezüglich der Genossenschaft, daß in derselben soviel Genossen aus der bisherigen Schumacher'schen Richtung aufgenommen werden sollen, wie auch von der anderen Seite Mitglieder in derselben vorhanden sind. Außerdem sollen die Mitglieder des Parteivorstandes in die Genossenschaft einziehen.) Da also der Hamburger Beschluß nicht auszuführen worden sei, brauche der Abg. Schumacher auch nicht zurückzutreten. An den Zwistigkeiten sei lediglich der Parteivorstand schuld, derselbe habe den Streit geschürt und sei gegen Schumacher eingekommen, weil dieser eine eigene Meinung vertreten! Es sei deshalb an der Candidatur Schumachers, wie sie im vorigen Jahre in der Schützenburgversammlung (vor dem Hamburger Parteitag) aufgestellt worden, festzuhalten. Eine dementsprechende Resolution wurde angenommen. Wenn der Parteivorstand mit der Resolution nicht einverstanden sei, wollen die Schumacherianer eine besondere „Socialdemokratische Solinger“ gründen. Mit diesem Vorgehen haben die Anhänger Schumachers sicher nun auch die Sympathien derjenigen Genossen Deutschlands verloren, die bisher noch ihrer Seite standen. Leider dürfte aber auch der Wahlkreis davon verloren gehen, da Schumacher in weiteren Kreisen Solingens noch größeren Einfluß auszuüben vermag.

Majestätsbeleidigungsprozeße.

Der wegen Majestätsbeleidigung in Gnesen angeklagte Hauptlehrer Sell aus Mielschitzien ist von der Strafkammer freigesprochen worden. Die Anklage behauptete, Sell hätte einem Hotelier in Witkowo eine Schlipnadel mit dem Bildniß des Kaisers herausgezogen und dabei unehrerbietige Aeußerungen gemacht. Bei der Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, sollen widersprechende Angaben gemacht sein. Seit dem Juli d. J. war Sell von seinem Amte suspendirt.

Dem Genossen Göde: Groß-Dittersleben ist eine Anklage wegen Beleidigung des Kaisers zugegangen, die er durch Sittenbleiben bei einem in Rathskeller in Seckauzen ausgebrachten Hoch auf den Kaiser begangen hat. Die betreffende Versammlung war von socialdemokratischer Seite einberufen, aber von gegnerischer Seite übertrumpelt worden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 5. März. Das Magistratscollegium hat gestern das Cejud des Comitees für die Errichtung einer Denkmals für die März-Gefallenen auf dem Friedhofe in Friedrichshagen, eine zwei Quadratmeter große Fläche gegen die üblichen Gebühren für die Ausstellung zu überlassen, abgesehen von Bescheiden. Das Denkmal sollte aus einer einfachen Marmorplatte mit der Aufschrift: „Den am 18. März 1848 Gefallenen!“ bestehen. Und dieser Magistrat ist „kranke“? **Wien**, 5. März. Die österreichische Regierung erhielt den Bericht der spanischen Landwehr, welche die Ursache der Explosion auf dem amerikanischen Kreuzer „Raine“ untersucht. Der Bericht erklärt kategorisch, es sei keine Spur von Sprengstoff vorhanden; die Hebung des Schiffes wird als unmöglich bezeichnet. Die Regierung übermittelte diesen Bericht an die Regierung der Vereinigten Staaten in Washington. **Wien**, 5. März. Der Reichsrath ist für den 21. März einberufen worden. **Sosnowice**, 5. März. In der Satzungswahl ist die Socialdemokratische Partei in Braub gerathen. Bis gestern Nachmittag wurden 20 Bergleute todt zu Tage gefördert.

steher, Herr Sommerfeld, zu haben. Die städtischen Gebäude sind bisher bei der Gotthelfischen Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert. Was Magistrat wurde nun der sehr vernünftige Vorschlag gemacht, die verschiedenen Objekte von jezt an bei der schließlichen Provinzial-Feuer-Societät versichern zu lassen. Begründet wurde dies damit, daß einerseits die Stadt circa 100 Mark spare und der Beitritt auch von der Provinzial-Feuerverwaltung gewünscht würde. Herr Sommerfeld meinte nun, es käme nicht auf die Wünsche dieser Verwaltung an; man müsse auch in Betracht ziehen, daß bei dieser Veränderung ein hiesiger Mitbürger eine erhebliche Einbuße an seinem Einkommen erleide, das heißt der General-Agent der „Gotthelfischen“ verliert die Prozente von den zu zahlenden Prämien. Wir waren nun immer der Meinung, daß ein Stadtverordneter für die Interessen der Stadt resp. der Gesamteinwohnerschaft zu wirken hat, nicht aber, die Interessen eines Privatmannes zu vertreten. Der Antrag des Magistrats wurde angenommen, doch fand sich Niemand, der Herrn Sommerfeld ob seiner Parteilichkeit gehörig zurechtgewiesen hätte. Allerdings, er ist ja auch, wie schon erwähnt, Vorsteher der Stadtverordneten, wie wird sich da jemand trauen, gegen den Stachel zu lösen. Ein aufrücker wollen wir noch, was demnach selbstverständlich ist, daß Herr Sommerfeld liberal ist.

Hermesdorf, 1. März. Den Mitgliedern des reichstrauen Bergarbeitervereins ist u. A. bekannt gegeben worden, daß seitens des „Wahlvereins“ für die gemäßigten Parteien im Kreise Waldenburg Herr Amtsgerichtsrath Krause zu Waldenburg, jetziger Landtags-Abgeordneter, zum Candidaten für den Reichstag gewählt worden ist, welchen Ansichten sich die Versammlung nach weiterer Erläuterung durch den Vorsitzenden angeschlossen. Zunächst wollen wir bemerken, daß Krause nicht gewählt, sondern nur als Candidat aufgestellt worden ist. Ob er gewählt wird, ist eine andere Frage und wollen die Genossen jetzt schon für unseren Candidaten, Bergmann Sachse aus Zwidau, agitieren.

Versammlungsberichte.

m. Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher. In der am 3. d. Mts. ausbehaltenen Mitglieder-Versammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß am 13. März in Piesch Local, Gartenstraße 79, die nächste öffentliche Versammlung stattfindet, wo über die bevorstehende Lohnbewegung eingehend berichtet wird, um eventuell am 18. April in den Ausstand zu treten. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen nahmen die Anwesenden zu dem Göttinger Provinzialtag Stellung, welcher am 13. d. Mts. selbst stattfindet, indem man die gestellten Anträge kritisch unter „Berücksichtigung“ gelangen einige interne Vereinsangelegenheiten zur Sprache.

J. Gewerkschafts-Cartell. Die am Sonntag im Local des Herrn Kofronsky abgehaltene Versammlung, zu der auch sämtliche neugewählten Gewerkschaftsmitglieder eingeladen waren, befaßte sich mit der Frage der Gründung einer losen Organisation Genosse Brosig führte aus: Die organisierten Arbeiter sind immer noch sehr jauchelig; wenn wir es bei der Wahl auch mit keine

Gegnern zu thun hatten, so wäre es doch Pflicht gewesen, besser auf dem Posten zu sein. Genosse Brosig steht auf dem Standpunkte, daß man sich durch Gründung eines Vereins näher kennen lernen und auch mehr die soziale Gesetzgebung studieren könnte, wozu aber vor Anschluß an den Arbeitervertreter-Berein für Unfallversicherung, in derselbe doch andere Interessen vertritt. Mit den Ausführungen erklärten sich sämtliche an der Diskussion theilnehmenden Genossen einverstanden. Die Versammlung nahm den Antrag einstimmig an, eine lose Organisation zu gründen und dazu einen Obmann, einen Stellvertreter und einen Schriftführer zu wählen. Die Zusammenkünfte finden alle acht Wochen statt und werden dieselben in der „Volksmacht“ bekannt gegeben. Der Vorstand besteht aus folgenden Genossen: Brosig, Obmann; Höbne, Stellvertreter; P. Kühn, Schriftführer. Nachdem noch einige Fragen und Mittheilungen Erledigung gefunden, schloß Genosse Kühnel die sehr zahlreich besuchte Versammlung.

Breslauer Consumverein. Am Donnerstag Abend hielt der Consumverein im Dittcher's Restaurant seine Generalversammlung ab, in welcher der geschäftsführende Director Welsch noch einige Ergänzungen bezw. Erläuterungen zum Geschäftsbericht für 1897 gab. Wie der Redner u. A. erwähnte, ist in den Monaten Januar und Februar 1898 bereits ein Mehrerlös von etwa 315,000 Mk. gegenüber denselben Monaten des Berichtsjahres, in denen der Abgang noch unter den durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen verursachten Uebergangsschwermisse litt, hervorgetreten. Die Kaffeetotherei liefert zur Zeit einen recht gut schmeckenden Kaffee zu 1 Mk. 5 Pf., das Pfund, der noch nicht die seiner Preiswürdigkeit gebräuhende Beachtung der Vereinsmitglieder gefunden habe, während der Verbrauch in den theueren Sorten ständig zunehme. Auch der Absatz der Bäckerei früge fortwährend, so daß die Verwaltung an eine Erweiterung dieses Betriebes denken müsse. Es seien sichere Anzeichen vorhanden, so schloß der Redner seine mit Beifall entgegen genommene Darlegung, daß der Verein sich namentlich im laufenden Geschäftsjahr kräftig weiter entwickeln werde. Bei Besprechung des Geschäftsberichtes erklärte der Vorsitzende des Verwaltungsrathes, Stadtrath Kapitsch, auf eine Frage, daß die Idee der Umwandlung des Vereins in eine Actiengesellschaft zur Zeit gänzlich von der Bildfläche verschwunden und alle entgegen gesetzten Gerüchte vollkommen grundlos seien. Die Generalversammlung genehmigte sodann die im Geschäftsbericht vorgeschlagene Verteilung des Ueberschusses auf dem Jahre 1897, wonach den Vereinsmitgliedern 11 bis 12 Pfennige zufallen. Die Auszahlung beginnt am 4. März früh 8 1/2 Uhr, doch wurde es als sehr wünschenswert bezeichnet, daß wegen des anfänglich übermäßigen Andranges alle Mitglieder, die dazu in der Lage sind, mit der Abholung noch einige Tage warten und daß überhaupt die im Geschäftsbericht angegebene Reihenfolge nach der Nummer der Quittungsbücher eingehalten werde. Auf Antrag der Revisionscommission wurde dann dem Verwaltungsrath und der Direction Entlassung ertheilt. Die im Voraus aufstehenden 15 Mitglieder des Verwaltungsrathes wurden wiedergebildet und die vom Verwaltungsrath vorgenommene Auswahl des Obmanns und des Schriftführers (an Stelle des verstorbenen Stadtrathes Seier) bestätigt.

Standesamtliche Nachrichten.

Dom 4. März.
Heiraths-Ankündigungen. II. Schöffner Alfons kath., Moritzstraße 88, und Hedwig Wolf, ev., Gablitzstraße 10, Schuhmacher Paul Manden, ev., Louisenstraße 6, und Scholz, kath., ebenda. — Lithograph Anton Markschner, Brüderstraße 23a, und Hedwig Nowak, kath., Leichstraße 10, Geiger Josef Wöfel, kath., Klosterstraße 125, und Vertha Kofler, Lothringerstr. 11. — Arbeiter Wilhelm Kilian, ev., Lützstraße 75, und Pauline Mitsch, kath., Hubenstraße 58.
Eheschließungen. II. Arbeiter Josef Wolf, kath., Straßstraße 3e, mit Auguste Löpfe, kath., ebenda. — Brauer Englisch, kath., Dhlauer-Chaussee 94/96, mit Vertha Kluge, Dhlauer-Chaussee 52/54. — Straßenbahnführer Robert Müller, Augustastr. 24, mit Juliane Schneider, ev., Friederichstraße 11. — Maurer Augustin Hanke, kath., Schwellherstr. 15, mit Rosa Kofler, kath., An den Katernen 7a. — Rangirer Gustav Kofler, ev., Kleine Großenstraße 23, mit Rosina Bauer, kath., Baum 1b. — Schlosser und Eisenreher Richard Zimmermann, ev., mit Anna Hoch, ev., dafelbst. — Schmied Wäldchen 9, mit Anna Hoch, ev., dafelbst. — Schmitt, ev., Blücherplatz 16, mit Vertha Kofler, ev., Blücherplatz 16. — Fleischermeister Gustav Ermer, ev., Al. Scheinigerstraße 23. — Emma Schieweck, ev., Schweidnitzerstraße 23.
Geburten. II. Fleischermeister Traugott Raffke, ev., Arbeiter Ferdinand Schül, kath., S. — Haushälter Augustmann, ev., S. — Arbeiter Hermann Schnorr, ev., S. — Arbeiter Robert Kofler, kath., S. — Arbeiter Robert Kofler, ev., S. — Postunterbeamter Hermann Ertel, kath., S. — Bäckermeister August Kofler, kath., S. — Arbeiter August Kofler, ev., S. — Arbeiter Paul Scholz, kath., S. — Eisenbahner Friedrich Heintze, kath., S. — III. Arbeiter Wilhelm Kofler, ev., S. — Löpfer Paul Marx, kath., S. — Schuhmacher Böhm, kath., S. — Schuhmacher Franz Pelz, kath., S. — Josef Langner, kath., S. — Schneider Fritz Silber, ev., S. —
Todesfälle. III. Arbeiter Max Dampf 40 J. — Schuhmacher Paul Haubitz, 23 J. — Kohlenhändler Hermann Kofler, geb. Krichow, 37 J. — Gertrud, L. des Hausbesizers Paul Dörk, 4 M. — Otto, S. des Arbeiters Carl Menges, — Caroline von Hirsch, ohne besonderen Stand, 76 J. — Wittwe Charlotte Scholz, geb. Schiffmann, 87 J. — Marie Buchdruckers Paul Buchner, 7 J. — Anna, L. des Arbeiters Pa. Schinde, 11 Jahre.

Leitung.
 für den Postfonds einzeln: R. A. 3. — Ueber zum Wahlfonds — 35, durch Genossen Lepock gesammelt bei jeder 1.05, G. B. 1. — G., Brüderstraße 1. — Redaction Expedition 10. — Ungenannt aus Oberstlesien 10. — 26.40 Mark. G. W. a. y. Verrenten

Die bekannte Firma H. Sachs, Breslau, Schmiedebauwerkstatt wegen gänzlicher Geschäftslage einen Aufkauf von Kronen, Hängelampen, Tischlampen, Glas und zu billigen Preisen, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen. Die Schaufenster sind beachtenswert.

Ortskrankenkasse der Klemperer zu Breslau.
 Sonntag, den 13. März 1898, Vormittags Punkt 11 Uhr, im Café restaurant, Carlstr. 37:
Ordentl. General-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Jahres-Abrechnung von 1897, Entlassung des Vorstandes und des Kassiers. 2. Rateneintragungsgebühren. 3. Ueber die pünktliche und zahlreichere Erscheinung ermahnt.
 Der Vorstand.

Ortskrankenkasse der Glacéhandschuhmacher zu Breslau.
 Montag, den 14. März 1898, Abends 6 1/2 Uhr, im Local des Herrn Friedrich, Mauritzplatz:
Ordentliche General-Versammlung
 Tages-Ordnung: 1. Annahme der Jahres-Rechnung von 1897, Entlassung des Vorstandes und des Kassiers. 2. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern (Einzige). 3. Erhöhung der Beiträge der Verabschiedung der Rechnungen §§ 13 u. 24. 4. Berichtslesen.
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ermahnt um pünktliche und zahlreichere Erscheinung.
 Der Vorstand.

Ortskrankenkasse der Zöpfer u. Ofenbauer zu Breslau.
 Montag, den 7. März 1898, Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse öffentliche Versammlung
 der Klemperer und verwandten Berufe im Clublokal „Gallhof“, Schlegelstraße 12.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassiers. 3. Bericht des Aufsichtsrathes. 4. Bericht des Ausschusses.
 Zur Deckung der Tageskosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.
 Der Vorstand.

Ortskrankenkasse der Zöpfer u. Ofenbauer zu Breslau.
 Sonntag, den 13. März cr., Nachmittags 4 Uhr im Local des Herrn Danuth, Weidenstraße 17.
 Tages-Ordnung: 1. Jahresrechnung von 1897. 2. Entlassung eines Vorstandsmitgliedes. 3. Wahl der Ersatzmitglieder.
 Eingeladen hierzu sind sämtliche Herren Mitglieder.
 Um pünktliches Erscheinen ermahnt.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgebung.
 Montag, den 7. März 1898, Abends 8 1/2 Uhr im Lokal „Tauben“, Kommt 8:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung: „Sozialdemokratie und ihre Bewegung“. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 Der Vorstand.

Achtung!
 Sonnabend, den 6. März 1898 im „Lied“, Neuborfstraße:
20. Stiftungs-Fest
 des Sängerkörpers der „freien Religionsgemeinde“ (Bildungsfranz).
 Um pünktliche Erscheinung ermahnt. Der Vorstand.

Achtung!
 von 9-22 Mark empfiehlt
L. Prager, Albrechtsstr. 51, Ecke Schuhbrücke.

Uhren und Goldwaaren
 Ringe, Ketten, Kreuze, Halsketten.
 Größte Auswahl. Billigste Preise.
Alfred Herzog, Juwelier, Klosterstraße 10.

Bei Husten und Heiserkeit
 und allen Hals- u. Mundkrankheiten werden Schloßer
Eucalyptus-Bonbons
 nach ärztlicher Vorschrift bereitet, bestens empfohlen. Besitzen einen angenehmen Geruch und Geschmack im Munde und wirken erfrischend. Zu haben in Dosen à 40 Pf., in Beuteln à 2 Pf. bei Theodor Schlosser, Moltkestr. 18, Adalbertstr. 2, Rindfleisch in der Adler-Apotheke, Ring 59, Ecke Oderstr., Aesculap-Apotheke, Ohlauerstr. 3, an der Kornecke, Kaiser-Wilhelm-Apotheke, Kaiser-Wilhelmstr. 17, bei Gust. Eckstein, Kaiserstrasse 37, Ed. Gross, Neumarkt 42, Friedr. Hickmann, Kaiser-Wilhelmstr. 11, Schwarz-Apotheke, Brüderstrasse 53, F. M. gebauer, Friedrich-Wilhelmstr. 2 und Gräbschenstrasse 10.

Breslau's grösste und billigste Bezugsquelle.

Möbel auf Abzahlung.
 Wer sich der Annehmlichkeit theilhaftig machen will, ebenso billig zu kaufen wie gegen baar, der wende sich vertrauensvoll an **Breslaus größtes Abzahlungs-Bezir** von S. Osswald, zur Schuhbrücke 74. Besonders empfehlenswert für **Brautausstattungen**
 Bettstellen und Matrassen, Eßstühle, Vertikows, Nachtschiffe, Bekleidungs-, edel und imitirt, Spiegel, Tische und Stühle, Sophas, Divans und Plüschsessel.
 Grosse Auswahl Kinderwagen, Gardinen, Teppiche und Tischdecken.
 Anzüge für Herren und Knaben, Ueberzieher, Hosen und Westen.
 Mäntel für Damen und Mädchen, Jaquets, Umhänge, Blousen.
Manufacturwaaren
 besonders Kleiderstoffe, Placards, Leinen, Damast, Gethirg, Handtücher u.
S. Osswald, Waaren-Credit-Geschäft,
 früher: Oscar Held,
Breslau, Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage.
 Zugestaltung ein kleiner Theil. — Kunden ohne Anzahlung. — Ansicht gern gestattet.
 Bank erhalten Credit, auch noch außerhalb, event. ohne Anzahlung.
 Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage, gegenüber dem Hauptbahnhof der Breslauer Eisenbahn.